

Vor dem Dom wird protestiert, dahinter gespart

Das Bistum Trier kommt in dieser Woche aus den Schlagzeilen nicht heraus. Am Donnerstag ging's um Zahlen, Zoff und die Zukunft.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Es ist eine kuriose Situation am späten Donnerstagvormittag: Während vor dem Dom Mitglieder der Opfervereinigung Missbit laustark und mit Spruchbändern für einen Rücktritt des Trierer Bischofs Stephan Ackermann demonstrieren, geht es hinter der Bistumskirche im Generalvikariat um nüchterne Zahlen. Verwaltungschef Ulrich Graf von Plettenberg erläutert wie gegen Ende jeden Jahres die Haushaltslage des Bistums. Und die ist schon seit einiger Zeit ziemlich desolat. So desolat, dass der Generalvikar ein sogenanntes Haushaltssicherungskonzept auf den Weg gebracht hat, das schon bald erste Früchte tragen soll.

Auf einen einfachen Nenner gebracht geht es ums Sparen. Spätestens in fünf Jahren will der „GeVau“, wie von Plettenberg intern nur genannt wird, einen ausgeglichenen Haushaltsplan haben. Das klappt nur, wenn bis dahin 40 Millionen Euro Ausgaben eingespart werden. Soll der Haushalt des Bistums auch zehn Jahre später noch ausgeglichen sein, erhöht sich das Einsparvolumen sogar auf 135 Millionen Euro, wie die Chef-Haushälterin des Bischofs ausgerechnet hat.

Welche Dimension diese Zahlen haben, macht ein Blick auf die Gesamtausgaben des Bistums deutlich. Die lagen im vergangenen Jahr bei 477 Millionen Euro. Der größte Teil davon geht mit 177 Millionen Euro für Personal drauf. Verständlich, dass von Plettenberg schon vor einiger Zeit die Order ausgegeben hat, bei jeder frei werdenden Stelle zu prüfen, ob sie nachbesetzt werden muss. Mit



Mitglieder der Opfer-Initiative Missbit haben am Donnerstagvormittag vor dem Trierer Dom für einen Rücktritt des Trierer Bischofs Stephan Ackermann demonstriert.

FOTO: ROLF SEYDEWITZ

dem Ergebnis „eine minimale Reduzierung im Stellenplan“, ist die rechte Hand des Bischofs denn auch nur halb zufrieden.

Andererseits braucht auch ein Bistum gutes Personal. Und das ist inzwischen längst nicht mehr so einfach zu finden wie noch vor Jahren. „Wir haben ein Reputationsproblem“, räumt Finanzchefin Kirsten Straus ein. Und was ein wenig bürokratisch klingt, hat mit der Protestaktion zu tun, die zum gleichen Zeitpunkt vielleicht 200 Meter entfernt vor dem Hauptportal des Doms stattfindet.

Dort steht ein gutes Dutzend Vereinsmitglieder und Anhänger der Trierer Opferorganisation Missbit

und ruft Sätze, die dem in Sichtweite wohnenden Trierer Bischof kaum gefallen dürften: „Tritt zurück Ackermann, damit es weitergehen kann!“ Oder: „Wer auf Bischöfe vertraut, der hat auf Sand gebaut.“ Dazu haben die Missbit-Mitglieder vor dem Dom mit rotem Absperrband eine sogenannte Vertuscherzone abgesperrt. Ein Demonstrant hält ein Schild in die Höhe, auf dem steht: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen, was sie tun!“

Was der Trierer Bischof von den Protesten und den Forderungen hält, hat der 58-Jährige Tags zuvor in einem Interview schon gesagt: Er könne Wut, Frust und Enttäuschung vieler Missbrauchsoffer zwar verstehen, sagte Stephan Ackermann. Aber

er sehe keinen Grund für einen Rücktritt.

Dass dies keineswegs so einfach ist, hat Ackermanns Trierer Vorgänger Reinhard Marx dieses Jahr gemerkt, als Papst Franziskus das Rücktrittsangebot des Münchner Kardinals nicht annahm. Die Botschaft des Papstes sei, dass man vor der strukturellen Sünde und Schuld des sexuellen Missbrauchs nicht fliehen könne, interpretierte der Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller seinerzeit das Nein aus dem Vatikan.

Zurück zu den pekuniären Problemen der katholischen Kirche. Weil die Zeit drängt und die aktuell rund 320 Millionen Euro jährlich betragenden Kirchensteuereinnahmen

des Bistums weiter zurückgehen werden, soll das Haushaltssicherungskonzept laut der Ankündigung von Plettenbergs schon bis Mai geschnürt sein. Eine 20-köpfige Lenkungsgruppe, deren Mitglieder die Vielfalt des Bistums möglichst gut abbilden sollen, zerbricht sich darüber aktuell den Kopf.

Der Generalvikar hat zwar die Eckpfeiler vorgegeben, spricht aber auf die Frage nach den Inhalten von einem „offenen Prozess“ und der Hoffnung auf „erste Erfolgsergebnisse“ im nächsten Jahr. Was von Plettenberg als Erfolgsergebnisse bezeichnet, dürfte andernorts Heulen und Zähneknirschen verursachen. Denn dass finanzielle Einschnitte in der be-

absichtigten Millionenhöhe irgendwo heftige Schmerzen verursachen werden, steht fest. Nur wo?

Muss die katholische Kirche wirklich so viele Kindergärten und Schulen betreiben?, könnte eine der heiklen Fragen sein, die in den nächsten Monaten geklärt werden muss. Von Plettenberg will sich auf die Frage nach seinen Präferenzen nicht festlegen, spricht aber von „Bereichen, in denen es eine Refinanzierung durch die Länder“ gebe. Er denke da weniger an Kindergärten und eher schon an Schulen, so der Verwaltungschef des Bischofs. Womit sich zumindest ein Punkt am Horizont schon abzeichnet, wo um die Finanzierung gestritten werden könnte.

Australisches Paar in Trier angeklagt

Ein neuer Cybercrime-Prozess am Landgericht ermöglicht wieder tiefe Einblicke in düstere Ecken des Internets. Juristisch geht es um ähnlich knifflige Fragen wie beim Cyberbunker in Traben-Trarbach.

VON KATHARINA DE MOS

TRIER Noch nie im Darknet gewesen, um auf einem illegalen Marktplatz nach Drogen, Waffen oder gestohlenen Kreditkarten zu stöbern? Besser so. Es reicht auch völlig das Trierer Landgericht zu besuchen, um sich eine Vorstellung davon zu machen, wie kriminelle Geschäfte im verborgenen Teil des Internets vonstatten gehen.

Vor der Ersten Großen Strafkammer muss sich seit Donnerstag ein australisches Pärchen dafür verantworten, den „DarkMarket“ betrieben zu haben – einen der weltweit größten illegalen Marktplätze, auf dem fast 2400 Verkäufer ihre eigenen Shops betrieben, über die sie an rund eine halbe Million Nutzer Drogen, Falschgeld oder gestohlene Kreditkarten verkauften.

Der Prozess ist eine Folge der jahrelangen Ermittlungen um den Traben-Trarbacher Cyberbunker. Denn wie so viele andere illegale Portale war dieser Marktplatz bis

2019 im Schutzbau an der Mosel gehostet.

Der Mann (35) und die Frau (33) sind wegen Beihilfe zum Handel mit Betäubungsmitteln in rund 1500 Fällen angeklagt. Seit ihrer Festnahme im Januar an der dänischen Grenze sitzen sie in Untersuchungshaft.

Aber wieso „nur“ 1500 Fälle, wo doch mindestens 320.000 Geschäfte mit einem Umsatz von insgesamt mehr als 140 Millionen Euro über den DarkMarket liefen?

„Wir müssen uns auf bestimmte Anklagepunkte beschränken“, erklärt Generalstaatsanwalt Jürgen Brauer. Und dafür hat die Anklage Fälle ausgewählt, die ausermittelt, nachgewiesen und zudem naheliegender sind: Es handelt sich überwiegend um Drogendeals, die eine kürzlich vom Landgericht verurteilte Eifeler Bande von Hillesheim, Wiesbaum oder Berndorf aus über den DarkMarket abgewickelt hat. Die Anklageverlesung von Staatsanwalt Sebastian Hü-

binger zeigt, dass man sich den Marktplatz vorstellen kann wie Ebay oder Amazon. Nur dass mit Kryptowährungen bezahlt wird und die Produktkategorien statt „Beleuchtung“, „Bücher“ und „Babybedarf“, „Drogen“, „Spam“, „Schadsoftware“ oder „Betrug“ lauten.

Genau wie auf den legalen Plattformen erhalten die Betreiber der Webseite eine Provision – nämlich vier Prozent pro Deal. Auch können Käufer die Waren bewerten. Das tat eine verdeckte Ermittlerin, die bei der Eifeler Bande Drogen bestellt hatte, denn auch. Kaum war ihr das Kokain zu einer Packstation in Vallendar geliefert worden, schrieb sie: „Gute Ware, schnelle Lieferung“.

„So eine Bewertung war nur möglich, wenn der Kauf wirklich stattgefunden hat“, betont Hübinger, der deshalb zugrundelegt, dass alle bewerteten Verkäufe auch wirklich vollzogen wurden. Eine Sichtweise, mit der Verteidiger

Sebastian Wendt so gar nicht einverstanden ist. „Es gibt einen riesengroßen Markt für Fake-Bewertungen“, sagt er und appelliert an die Richter, „wachsam“ zu bleiben. Man müsse den Angeklagten den „doppelten Gehilfenvorsatz“ nachweisen, also grob: dass sie von den begangenen Straftaten nicht nur wussten, sondern diese auch noch fördern wollten. Wendt vergleicht die Plattform mit einem Geschäft für Jagdwaffen, das man ja auch nicht dafür verantwortlich machen könne, wenn jemand mit der gekauften Waffe eine Bank überfalle.

Im Fall des Cyberbunkers war es der Anklage nicht gelungen, das Gericht zu überzeugen, dass die Betreiber des Rechenzentrums Beihilfe zu Drogendeals geleistet hatten, die über im Bunker gehostete Portale wie den DarkMarket erfolgt waren. Geht die Anklage davon aus, dass das jetzt einfacher wird? „Ja“, sagt Hübinger. Denn als Betreiber der Webseite seien die Australier ja viel näher an den Taten dran. Auch Brauer geht davon aus, dass die Beihilfe nachzuweisen ist, weil die Betreiber ja eine Provision bekamen. Da könnten sie ja schlecht behaupten, nicht zu wissen, was auf ihrer Webseite passiere ...

Zum Prozessauftakt wollten sich die Angeklagten weder zur Person noch zu den Vorwürfen äußern.

Da sie bei ihrer Festnahme neben 1400 Tabletten des sichtig machenden Schmerzmittels Oxycodon auch ein Butterfly-Messer bei sich hatten, werden sie zusätzlich beschuldigt, Betäubungsmittel und Waffen eingeführt zu haben. Die Verhandlung wird im Januar fortgesetzt.

Neue Sitzordnung im Deutschen Bundestag

BERLIN (dpa) Nur eine Woche nach dem Amtsantritt wirbelt die Ampel-Koalition den Bundestag durcheinander: Nach mehr als 70 Jahren haben SPD, Grüne und FDP dem Plenarsaal eine neue Sitzordnung verpasst. Die FDP-Fraktion, die bisher zwischen der AfD und der Union saß, rückt mit dem Parlamentsbeschluss vom Donnerstag an die Seite der Grünen und damit in die Mitte des Plenums. Gleichzeitig sitzen die Abgeordneten von CDU und CSU dadurch in Zukunft direkt neben der AfD-Fraktion – was bei der Union für erheblichen Unmut sorgt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Thorsten Frei (CDU), nannte das Vorgehen der Ampel einen „Ausdruck von Respektlosigkeit“. Er warf der Koalition vor, sie wolle seine Fraktion „an den Rand des Plenums drücken“. Die Abgeordneten von CDU und CSU krönten Freis Auftritt in der lebhaften Debatte demonstrativ mit einem lang anhaltenden Schlussapplaus.

Sein FDP-Amtscollege Johannes Vogel bezeichnete die Platzierung der Freidemokraten hingegen als Anomalie im politischen Links-Rechts-Schema der bisherigen Sitzordnung: „Wir sind eine Kraft der politischen Mitte, und deshalb gehören wir auch in die Mitte des Plenums.“

Schon 1949 wurde die FDP im Bonner Plenarsaal rechts von der CDU/CSU-Fraktion platziert. Bis in die 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein gab es in der FDP nämlich eine starke national-liberale Strömung, während in Teilen der Union damals noch über einen christlichen Sozialismus debattiert wurde. Doch der Wunsch der FDP nach einem Platztausch

mit der Union wurde spätestens in der vergangenen Legislaturperiode ein großes Thema – vor allem wegen der Nachbarschaft zu den ungeliebten Parlamentsneulingen von der AfD.

„Jeder normale Abgeordnete möchte nicht neben Ihnen sitzen“, sagte Jan Korte von der Linken an die Adresse der AfD. Seine Fraktion unterstützte den von SPD, Grünen und FDP initiierten Platztausch. Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Irene Mihalic gab sich salomonisch: Der Wunsch der FDP nach einer Änderung sei „mindestens genauso nachvollziehbar“ wie der Wunsch der Union nach dem Festhalten am Status quo.

Doch geprägt war die Debatte von wechselseitigen Schuldzuweisungen: Sowohl Koalition als auch Opposition betonten, dass es derzeit eigentlich wichtigere Themen gebe. Genau damit begründeten die Ampel-Parteien, dass sie die Änderung der Sitzordnung ursprünglich ohne Debatte durch den Bundestag bringen wollten. Die Union hingegen bestand auf eine Plenardebatte, bezeichnete aber die ganze Reform als überflüssigen „Nebenschauplatz“.

Von vorweihnachtlichem Frieden konnte in der letzten Sitzungswoche des Jahres jedenfalls keine Rede sein, denn auch in der AfD grummelt es. Nachdem ihr Kandidat für den Posten des Bundestagsvizepräsidenten – wie üblich – wiederholt keine Mehrheit fand, fielen nun auch ihre Kandidaten für die Vorsitze der Bundestagsausschüsse für Inneres, Gesundheit und Entwicklung durch.

Bei der Abstimmung über die Sitzordnung enthielt sich die AfD.

Produktion dieser Seite:
Anja Theis



Der nächste Fall von Cyberkriminalität vor dem Landgericht Trier: Ein australisches Pärchen soll den „DarkMarket“ betrieben haben, einen der weltweit größten illegalen Marktplätze im Internet.

SYMBOLFOTO: DPA